

AKTUELL

BARRIEREFREIE MOBILITÄT

Der Empathie auf die Sprünge helfen

Tessie Jakobs

Der öffentliche Transport in Luxemburg gilt als zu wenig inklusiv. Auch die Kritik am Transportdienst Adapto schwilt nicht ab. Mit einer Kampagne hofft das Collectif 1329, die Politik zum Handeln zu bewegen.

Wo Erklärungen nichts bringen, kann nur die Erfahrung am eigenen Leibe helfen - so zumindest die Argumentation hinter einer neuen Kampagne des Collectif 1329. Alle Abgeordneten wurden dazu aufgerufen, einen Tag lang den öffentlichen Transport „mit einer Behinderung“ zu benutzen. Zur Auswahl stehen Rollstuhl, Krücken und Augenbinden.

Die Kampagne ist eine Reaktion auf die unzureichende Barrierefreiheit des öffentlichen Transports. Der Presse gegenüber erklärte das Kollektiv, das unter anderem aus Vertreter*innen von OGBL und Nëmme mat eis! besteht, am Montag, wo noch Nachholbedarf besteht. So verfügten etwa nur 7 Prozent der Bushaltestellen über einen Leitstreifen und 17 Prozent über einen sogenannten Kasseler Bordstein. Letzterer ist etwas höher als durchschnittliche Gehwege und somit auf einer Höhe mit Niederflurbussen. Auch die geringe Anzahl an Ampeln mit Tonsignal sei zu bedauern. „Jeder Mensch muss die Möglichkeit haben, sich zu einem gewünschten Zeitpunkt von A nach B fortzubewegen, ohne sich dadurch in Lebensgefahr zu begeben“, fasste Marie-Marthe Müller das Anliegen des Kollektivs zusammen.

Kritik an Adapto

Ein Dorn im Auge ist dem Kollektiv auch die Reform des Adapto-Dienstes vom März 2020. Durch diese hätten sich zum einen die Arbeitsbedingungen für die Fahrer*innen verschlechtert. Konnten diese ihre arbeitsrechtlich vorgesehenen Pausen zuvor an beliebigen Orten einlegen, so müssten sie mittlerweile an spezifischen Parkplätzen, zum Teil ohne sanitäre Anlagen parken.

Zum anderen habe die Reform auch negative Auswirkungen auf die Nutzer*innen. Joël Delvaux vom OGBL berichtete von Personen, die gegen den Bescheid, keinen Adapto-Pass mehr zu erhalten, Einspruch erhoben hatten. Nachdem ihnen der

Pass daraufhin gewährt worden sei, habe man ihnen jedoch den Führerschein entzogen. Es entstehe der Eindruck, so Delvaux, als würden diejenigen, die Einspruch einlegten, mit dem Führerscheinentzug bestraft. Manche Menschen hätten zudem die negative Erfahrung gemacht, dass ihnen bei Beantragung des Behindertenparkscheins der Führerschein entzogen wurde.

Diese Problematiken sprach auch die CSV kürzlich in einer Question parlementaire an François Bausch an. In seiner am Mittwoch publizierten Antwort erklärte der Transportminister die Prozedur, die es in diesem Kontext zu berücksichtigen gilt. Einen Führerschein beziehungsweise einen Behindertenparkschein erhalte nur, wer bestimmte, von der Commission médicale des Transportministeriums festgelegte medizinische Bedingungen erfülle. Bestehe ein Verdacht, dass dem nicht so sei, könne die entsprechende Person zur medizinischen Kontrolle vorgeladen werden.

Auf ebendiese Kontrollen ging das Collectif 1329 der Presse gegenüber ein. Sie würden außer Acht lassen, dass manche Behinderungen nicht an jedem Tag gleichermaßen stark ausgeprägt sind. Gehe es darum zu entscheiden, ob eine Person in der Lage ist, den öffentlichen Transport zu benutzen, stelle sich dieses Problem ebenfalls. In der Arztpraxis lasse sich das alltägliche Erleben nur schwerlich nachahmen: Wer das Gleichgewicht in einem Untersuchungsraum halten kann, kann dies nicht unbedingt in einem Bus.

An der Kampagne des Collectif 1329 haben sich bisher Sven Clement und Marc Goergen von den Piraten und Carlo Back von den Grünen beteiligt. Auch Martine Hansen (CSV) habe bereits Interesse angemeldet. Um einen möglichst großen Mehrwert zu erzielen, wird das Ganze gefilmt und am 3. Dezember, dem internationalen Tag der Menschen mit Behinderung, der breiten Öffentlichkeit präsentiert werden.

SHORT NEWS

Neue Richtlinien nach Kritik an Cahen

(is) - Familienministerin Corinne Cahen (DP) wurde in den vergangenen Monaten wiederholt scharf für ihre Handhabung der Corona-Krise in Strukturen für Senior*innen kritisiert - jetzt wagt sie einen zweiten Anlauf: Am Mittwoch präsentierte sie, zusammen mit Gesundheitsministerin Paulette Lenert (LSAP), neue Richtlinien für die Betreiber*innen von Alters- und Pflegeheimen sowie betreuten Wohnhäusern. Das ausführliche Dokument enthält unter anderem Empfehlungen zum Besuchsrecht. Das soll ab sofort dem Covid-Check-Regime unterliegen: Wer Angehörige besuchen will, muss geimpft, getestet oder genesen sein. Innerhalb der Strukturen herrscht für Besucher*innen Maskenpflicht. Treten in einer Wohneinheit in zwei Wochen drei oder mehr Fälle von Covid-19 auf, entfällt für diese das allgemeine Besuchsrecht. Für wie lange, geht nicht aus dem Dokument hervor. Unabhängig davon, soll der Zutritt in einer „situation de fin de vie“ jedoch jederzeit gewährleistet werden. Besonders dieser Punkt war im Zuge der Pandemie schon oft Gegenstand von Debatten, da manche Häuser den Abschied aus unterschiedlichen Gründen verwehrten. Die neuen Richtlinien gelten zunächst nur bis zum 18. Oktober und werden dann nach Bedarf angepasst.

Droits humains : des entreprises contre le dumping

(lm) - Le patronat avait frappé juste avant la trêve estivale, les ONG ont attendu la rentrée pour contrer. Ce lundi 20 septembre, l'Initiative pour un devoir de vigilance a présenté son appel à légiférer en matière de droits humains et environnementaux en ce qui concerne les entreprises luxembourgeoises et leurs chaînes de valeur. Cette plateforme d'ONG réclame un cadre légal obligeant les entreprises à exercer une « diligence raisonnable » pour s'assurer que leurs fournisseurs et prestataires respectent les droits humains. Or, le 20 juillet, le ministère des Affaires étrangères et l'UEL ont présenté un « Pacte national entreprises et droits de l'homme » qui va dans cette direction, mais sur une base volontaire (woxx.eu/zigzag). Les ONG estiment qu'au contraire une obligation légale est indispensable, et ont recherché l'appui d'entreprises favorables à une telle démarche. C'est avec une quarantaine de firmes qu'elles viennent donc de rappeler leur point de vue. La liste de ces entreprises interpelle : certes, il n'y a ni ArcelorMittal, ni les banques, ni Cactus. Mais, en plus des « usual suspects » du secteur alternatif, on y trouve Pall Center, Grosbusch, Luxlait et Rinnen constructions. Plus surprenant encore, il y a aussi Thyssenkrupp et... Aldi.

Regierungsprojekt für Ernährungsrat vorgestellt

(ja) - Am Mittwoch stellten Landwirtschaftsminister Romain Schneider und Verbraucherschutzministerin Paulette Lenert (beide LSAP) ihre Pläne für die Gestaltung der Lebensmittelpolitik Luxemburgs vor. Zwei Gremien sollen geschaffen werden: Eine interministerielle Kommission und ein Ernährungsrat. Beide sollen der Regierung bei der Erstellung einer Lebensmittelstrategie behilflich sein. Im Sommer hatte das Centre for Ecological Learning Luxembourg (CELL) scharfe Kritik am Ernährungsrat-Konzept der Regierung geäußert. Die NGO war ursprünglich an der Ausarbeitung der Idee beteiligt gewesen, bemängelte jedoch die hierarchische Struktur des geplanten Gremiums, das nicht zum Konzept von Ernährungsräten, wie sie bereits in anderen Ländern bestehen, passt (woxx 1644). Der Rat soll die Möglichkeit haben, Berichte zu verfassen und Studien in Auftrag zu geben, wie die Minister*innen betonten. Was sie nicht verrieten, was aber im Vorschlag für das großherzogliche Reglement steht: Möglich wird das nur mit ministerieller Genehmigung sein. Im Rat sollen vor allem Vertreter*innen verschiedener Berufsgruppen und der Zivilgesellschaft sitzen, eine Einbindung von Bürger*innen ist nicht geplant. Die Plattform „Meng Landwirtschaft“ kritisierte das Projekt als „zweckentfremdet“. In der nächsten Ausgabe wird die woxx sich ausführlich mit dem geplanten Projekt und der Kritik daran beschäftigen.